



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

51 (31.1.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-207694](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-207694)

Mannheimer General-Anzeiger

Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebung 10 Pf. pro Stück. ...

Anzeigenpreis: Bei Vorauszahlung der Lt. Seite 100.- ...

Badische Neueste Nachrichten

Beilagen: Der Sport vom Sonntag Aus der Welt der Technik, Gesetz u. Recht, Modezeitung, Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. Mannheimer Musik-Zeitung

Gewaltsamer Ausbau der Ruhrtyrannei

Kurze Uebersicht

- Die militärische Besetzung der Bahnhöfe von Ludwigshafen und Kaiserslautern ist angehts der festen Haltung der deutschen Beamten wieder zurückgezogen worden.
- Durch eine Verordnung General Degouttes ist über das gesamte Ruhrgebiet der verschärfte Belagerungsstand verhängt worden.
- Hugo Stinnes hat das bekannte Sachlieferungsabkommen mit dem französischen Senator Dubersac wegen des Einrückens der Franzosen in das Ruhrgebiet eingeleitet.
- Von deutscher Seite wurden Vorkehrungen getroffen, daß die Lebensmittelzüge bis an den Rand des besetzten Gebietes geleitet werden, von dort werden die Waren durch Autos weitertransportiert.
- Der Kohlentransport aus dem Ruhrgebiet nach dem Osten vollzieht sich nach wie vor ungehindert. Allerdings haben die Kohlenzüge zur Kontrolle 15 Minuten anzuhalten.
- Der französische Franken hat an den gestrigen Auslandsbörsen einen erheblichen Kursrückgang erlitten.

Eine „Kriegserklärung“ Degouttes

Wie der „Böhl. Ztg.“ aus Duisburg gemeldet wird, hat General Degoutte den fremdländischen Korrespondenten eine Erklärung abgegeben, die sich so lautet: „Böhl. Ztg.“, wie eine Kriegserklärung liest. Er meint zunächst, das Eingreifen sei keine militärische Expedition gewesen, sondern die französischen Truppen seien nur vorgeschoben um den Schutz einer Ingenieurkommission zu sichern, und der französischen Absichten seien durch das Ausland nicht bekannt. Erst durch die Besetzung an die deutschen Behörden sei es notwendig geworden, neue Gewaltmaßnahmen zu ergreifen. Die Franzosen und Belgier würden auf ihrem Weg nicht anhalten und die hohen Beamten seien verhaftet und ausgewiesen. Urheber von Sabotagefällen würden gemäß den Vorschriften des Militärgesetzes geächtet werden. Wenn man sie nicht fassen könne, würde man ihre Angehörigen personlich machen. Allgemeine Sanktionen würden unverzüglich ergriffen.

Die neue Verordnung Degouttes

Die von General Degoutte unterzeichnete Verordnung, durch die über das ganze widerrechtlich besetzte Ruhrgebiet der verschärfte Belagerungsstand verhängt wird, hat folgenden Wortlaut:

In Anbetracht der systematischen Hindernisse, die von gewissen Reichsbeamten der Tätigkeit der alliierten Ingenieurkommission in dem Weg gelegt wurden, werden zur Verschärfung des Belagerungsstandes im ganzen Gebiet, in welchem französisch-belgische Truppen sich befinden, folgende Maßnahmen getroffen:

1. Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Jeder Sabotageakt wird strengstens bestraft werden. Die Truppen haben Befehl erhalten, mit Waffengewalt gegen jeden vorzugehen, der Eisenbahn-, Telefon- oder Telegraphenlinien sowie jede Einrichtung zur Verproviantierung oder Versorgung der Truppen zu sabotieren versucht.
2. Verkehr. 1. Am Tage vollständige Bewegungsfreiheit; 2. von 10 Uhr abends an bis 6 Uhr morgens ist der Straßenverkehr unterlagert. Befreiungen hiervon erteilt der Ortskommandeur durch Vermittlung der deutschen Behörden. Jede Straßensperrung oder Zusammenrottung ist verboten, nötigenfalls werden die Demonstrationen mit Waffengewalt auseinandergepresst werden.
3. Versammlungen. Ohne vorherige Erlaubnis des Ortskommandanten darf keine Versammlung abgehalten werden.
4. Presse. Verboten sind alle Zeitungen, Flugblätter oder Broschüren, die Artikel oder Bilder enthalten, die geeignet sind, die Würde der Besatzungsstruppen zu verletzen, Unruhe stiften oder die Sicherheit der Truppen gefährden. Die Ortskommandanten sind befugt, alle Exemplare, die obiger Vorschrift widersprechen, zu beschlagnahmen, sowie den Verleger und die Verkäufer derselben zu verhaften. Die kommandierenden Generale können in den ihnen unterstehenden Abteilungen die betreffenden Veröffentlichungen zeitweise verbieten. Derselben Bestimmungen gelten für Theater- und Kinovorstellungen.
5. Waffen und Munition. Waffen oder Munition jeder Art, die sich noch im Besitze der Bevölkerung befinden sollten, sind innerhalb von zwei Tagen den örtlichen deutschen Behörden abzuliefern und durch diese den militärischen Behörden zu übergeben. Die örtlichen Militärbehörden sind befugt, jede Untersuchung und Hausdurchsuchung vornehmen zu lassen, die sie für nötig erachten.
6. Strafmassnahmen. Zuwiderhandelnde werden von den Militärgerichten zur Verantwortung gezogen und können zu Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren zuzüglich Geldstrafen bis zu 10 Millionen Mark oder zu einer dieser Strafen verurteilt werden. Die Bestimmungen der französischen Strafgesetze können bei schwereren Vergehen angewendet werden, falls die dort vorgesehenen Strafen höher sind, als die in der vorliegenden Verordnung angeführten.
7. Die Bestimmungen der Verordnung des kommandierenden Generals vom 11. Januar bleiben bis auf weiteres in Kraft, insofern sie nicht durch die gegenwärtige Verordnung geändert werden.

Die Pariser Presse zur Lage

In der „Information“ schreibt ein Berichterstatter dieser Zeitung, der als genauer Kenner des Ruhrgebietes gilt, einen Artikel über die Lage. Er sagt, daß die Franzosen im Ruhrgebiet eingeleitet seien, weil von Essen, Duisburg und Düsseldorf keine Ruhe mehr abzuwarten. Der Berichterstatter glaubt, daß die Zollabrechnung am 1. Februar beginnt und daß die Kohlensteuer durch sechs Bataillone Soldaten erzwungen werden soll.

Die „Liberte“ wendet sich dagegen, daß sich der Völkerbund mit der Frage der Ruhrbesetzung befaßt. Eine bloße Erwähnung dieser Angelegenheit könne die Sicherheit Frankreichs gefährden.

Das Fallen des Franken

Das Ereignis des gestrigen Tages ist für Paris das weitere Anzeichen der fremden Devisen. Das englische Pfund schloß mit 76,15. Der Dollar erreichte einen Höchststand von 16,48. Am Dual d'Oran erklärt man das Fallen des Franken als eine vorübergehende Erscheinung und meint, die internationale Finanz habe große Mengen französischer Devisen auf den Markt geworfen, um die gegenwärtige Politik Frankreichs zu diskreditieren. (1)

Francois Delais führt im „Deuvre“ aus, die Besetzung des Ruhrgebietes habe einen beträchtlichen Sturz des französischen Franken zur Folge gehabt. Am 2. Januar sei das Pfund Sterling in Paris mit 62,86 Franken notiert worden, am 20. Januar mit 70,82. Das sei in drei Wochen eine Hausse um 13%. Gleichzeitig seien infolge des Mechanismus der Arbitrage, der einen Ausgleich der Wechselkurse auf allen Märkten herbeiführt, ähnliche Hausse in den Währungen aller in die Besetzung des Ruhrgebietes nicht verwickelten Länder eingetreten. Der Dollar habe 12%, der Schweizer Franken und die Besete 11% gewonnen. Infolgedessen sei der Preis sämtlicher Waren, die Frankreich einführt, um mindestens 10% gestiegen. Da der Wert der französischen Einfuhr im Durchschnitt zwei Milliarden monatlich betrage, stelle das für die Gesamtheit der Käufer eine monatliche Mehrbelastung von 200 Millionen dar, eine wahre Steuer, die auf diese Weise infolge der Entwertung des Franken vom Publikum erhoben werde.

Der Ausweisungsterror

Oberregierungsrat Dr. Sembach und Regierungsrat Dr. Basten, vom Finanzamt Aachen sind verhaftet und nachdem sie unter entwürdigenden Umständen eine Nacht im Gefängnis verbracht hatten, ausgewiesen worden. Der in der Eisenbahndirektion Essen gefestern nachmittags verhaftete Reichsbahndirektionspräsident Zahn und Oberregierungsrat Busch sind im Auto weggebracht und vor Lüdinghausen wieder abgesetzt worden. Am 3 Uhr wurde die Reichsbahndirektion von den Besatzungsstruppen abgesperrt. Posten mit aufgepflanztem Seitengewehr durchsuchten die Räume, um die übrigen Oberbeamten zu verhaften. Bisher wurden noch verhaftet Oberregierungsrat Richtberg und Oberbaumeister Bergbau.

Nach dem Vorwärts wollen die Besatzungsbehörden, sobald alle führenden Amtspersonen über die Grenze des besetzten Gebietes gebracht worden sind, das gleiche System auf die Gewerkschaftler anwenden, wenn die Arbeiterschaft auf ihrem passiven Widerstand verharrt. Der Anfang mit der Ausweisung von Gewerkschaftlern ist bereits gemacht. In Essen wurde der Vertrauensmann des Betriebsbundes ausgewiesen.

Neue Kampfmittel?

Wie der Düsseldorf Korrespondent des „B. L.“ hört, wird die Arbeiterschaft in den nächsten Tagen völlig neue Kampfmittel gegen die Maßnahmen der Besatzungsmächte ergreifen. Der Kampfeswille der deutschen Arbeiterschaft sei ungebrochen.

Die Landwirtschaft als Zufluchtsstätte für die Ausgewiesenen

Der stellvertretende Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft Freilich von Wangenheim richtet an die angeschlossenen Körperschaften einen Aufruf, in dem er darauf hinweist, es sei nationale Pflicht, daß die ausgewiesenen Familien in der Landwirtschaft eine Zufluchtsstätte finden.

Vergebliche Rechtfertigungsversuche

Eine Düsseldorf Haasgemeldung geht noch einmal auf den Entschluß der Franzosen und Belgier ein, im besetzten Gebiet die oberen Beamten, die sich nicht fügen wollen, auszuweisen. Die Maßnahmen wurden auch auf andere Beamte ausgedehnt, wenn es notwendig werde. Der Haasberichterstatter sucht zu erklären, daß die Entscheidungen der Alliierten rechtmäßig seien, denn die Hohe Kommissar erheben ausdrücklich an, daß man der Macht gehorchen müsse, die sich augenblicklich im Ruhrgebiet etabliert habe.

Frankreich läßt also jetzt die Rechte der friedlichen Ingenieurkommission fallen. Selbst wenn man aber die Haager Landkriegsordnung für die Ruhrbesetzung anwendet, brauchen den französischen Besatzungsmächtern nur die Artikel vorgehalten zu werden, in denen es heißt, es ist verboten, die Bevölkerung eines besetzten Gebietes zur Teilnahme an den Kriegsvorbereitungen gegen ihr eigenes Land zu zwingen; die Ehre, die Rechte, die Familien, das Leben der Bürger und das Privateigentum sind zu achten. Hätten die Franzosen viele Artikel beachtet, so wären die Gewaltakte, die sie im Ruhrgebiet gegen Beamte und Privatpersonen begangen haben und noch fortgesetzt begehen, nicht möglich gewesen.

Der Vatikan und die Ausweisungen

Der Appell des päpstlichen Kardinals von Schuler an den Vatikan wegen der Ausweisung deutscher Beamter aus dem Rheinland ist nunmehr in Rom eingetroffen. Der Vatikan hat noch keine Entscheidung getroffen, ob er einen diplomatischen Schritt unternehmen oder sich mit einer Mahnung zur Mäßigung an die französische Regierung begnügen wird.

Die allgemeine Lage im Ruhrgebiet

Die Lebensmittelzufuhr nach den stillgelegten Bahnhöfen ist sichergestellt. Der Postdienst in Essen dauert noch an. Neubefehle wurden die Bahnhöfe Montanlohn, Herbede, Sommer und Vorgalle. Die Beamten des Bahnhofes Sommer wurden aus ihren Wohnungen vertrieben. In Düsseldorf und Duisburg wurde eine Reihe Betriebsräte beschlagnahmt.

Der Rheinische Provinzialparlament ist für Montag zu einer außerordentlichen Sitzung nach Bormen einberufen worden. Die Vereinigung Kasseler Rechtsanwälte hat sich zur Kostenlosen Verteidigung aller Deutschen vor den französischen Gerichten bereit erklärt.

Gruppverbot im neubesetzten Gebiet

Der preussische Minister des Innern hat an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen einen Erlass gerichtet, durch den in Anbetracht des völkerrechtswidrigen Verfahrens der Franzosen und Belgier gegen Bevölkerung und Vermögen des neubesetzten rheinisch-westfälischen Industriegebietes verboten wird, Offiziere und Soldaten fremder Heere zu grüßen.

Der Widerstand der Eisenbahner

Die pfälzischen Bahnen wieder in unbeschränktem Betrieb

Die Eisenbahndirektion Ludwigshafen teilt uns mit: Am 30. Januar vormittags wurde dem Präsidenten der Reichsbahndirektion durch die hiesige französische Unterkommission die Ausübung seines Amtes unterlagt und der Reichsbahndirektion ein Requisitionsbefehl vorgelegt, des Inhalts, daß das gesamte Personal sich unter schriftlich verpflichten sollte, den Befehlen des französischen Generals unbedingt Folge zu leisten. Wer innerhalb einer Stunde die Unterschrift nicht leistete, sei entlassen. Das Personal der Reichsbahndirektion hat die geordnete Unterschrift verweigert. Bei Bekanntwerden dieser Vorgänge wurde auf verschiedenen Dienststellen der Dienst eingestellt. Am Nachmittag verlangten aus die Organisationsvertreter von der militärischen Unterkommission die Wiedereinsetzung des Präsidenten und der Beamten der Direktion, die Zurücknahme des Requisitionsbefehls und die Zurückziehung der militärischen Wachen von den Bahnanlagen. Diesen Forderungen wurde von der französischen Unterkommission entsprochen mit der Erklärung, das Personal könne unter den allen Bedingungen weiterarbeiten. Daraufhin wurde das Personal von der Reichsbahndirektion und den Organisationsvertretern aufgefordert, den Dienst nach den Befehlen der deutschen Regierung weiter zu versehen.

In gleicher Weise haben sich, wie wir weiter erfahren, die Vorgänge auch auf anderen Pfälzer Bahnhöfen (anscheinend aber nur in solchen Orten, in denen eine Garnison liegt), abgespielt. So erschienen in Landau Offiziere mit bewaffneter Mannschaft und verlangten die Abgabe der erwähnten unterschriebenen Erklärung, die natürlich auch hier von sämtlichen Beamten einhellig verweigert wurde. Die Besetzung des Bahnhofes wurde überall in den Abendstunden wieder aufgehoben.

Havas sucht zu beschönigen

Havas melbet aus Koblenz, die Eisenbahnverkehrsfrage auf dem linken Rheinufer habe sich gebessert. Die Anforderungen zur Herbeiführung eines Generalistreses hätten bisher nicht den erwarteten Erfolg gezeigt. Den französischen Eisenbahnern sei es schon gelingen, die Militär- und internationalen Güte in Gang zu setzen.

Zu dieser rosigen Schilderung paßt die Meldung ausgezeichnet, daß, als gestern nachmittags die Franzosen den Bahnhof Ehrenbreitstein besetzten, die Eisenbahner sofort die Arbeit niederlegten. Der letzte Zug fuhr in Richtung Köln gegen 4 Uhr. Seitdem ruht jeder Verkehr. Das Rheintal bei Koblenz ist von jedem Zugverkehr abgeschnitten.

Die Militarisierung der Eisenbahner

Aus Köln wird gemeldet: Die Eisenbahnbetriebslage ist im allgemeinen unverändert. Mit der bereits genannten Einschränkung wurde der Verkehr gestern aufrecht erhalten. Aus Koblenz wird gemeldet, daß der Bahnhof militärisch abgesperrt sei und daß die Franzosen rangieren. In Duisburg sind bedeutende Truppenverstärkungen angekommen, ebenso zahlreiche Telegraphenbeamte.

Nach Blättermeldungen wird die systematische Militarisierung der Eisenbahnen durchgeführt. Die Hauptverkehrsstraßen nach Hamburg ist gesperrt.

Die Haltung der Tschchei

Eine zwispaltige Rede des Außenministers

Berlin, 31. Jan. (Von unv. Berl. Büro.) Am Ausschuh des Preager Abgeordnetenhauses hat Dr. Benesch in der Besprechung der Ereignisse im Ruhrgebiet ein warmes Bisher für Frankreich gehalten. Im Eingang seiner Rede erklärte er mit schönem Feingut, Frankreich würde offenbar im Einverständnis mit den übrigen Verbündeten das besetzte Gebiet als Pfand solange behalten, bis Deutschland beginne, regelmäßig seinen Reparationsverpflichtungen zu entsprechen. Nach einem längeren Hin und Her, in dem sich der tschechische Außenminister um eine klare Stellungnahme herumzwinden bemühte, bekannte er dann schließlich, Frankreich hätte, wie die öffentliche Meinung Europas und Amerikas im allgemeinen anerkenne, ein volles Recht darauf, daß die verwüsteten Gebiete Frankreichs vollkommen auf Kosten Deutschlands rekonstruiert würden. Eine große Reihe internationaler Autoritäten sowie „einige Kundgebungen der Sozialdemokraten und Kommunisten“ beklagten indessen, daß einige deutsche Regierungen und gewisse deutsche Kreise „bewußt“ auf den finanziellen Bankrott Deutschlands hingearbeitet hätten. Schließlich hätte sich keine deutsche Regierung gefunden, die wenigstens 3 Jahre hindurch die Forderungen Frankreichs, Belgiens und Italiens zu erfüllen vermocht hätte und daß Deutschland niemals einen konkreten und für Frankreich wenigstens teilweise annehmbaren Reparationsplan gemacht hätte. Dr. Benesch folgte zusammen: „Die tschechische Regierung ist für den Frieden und will mit ihren Verbündeten — aus der Kleinen Entente — alles tun, damit in ganz Mitteleuropa Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleibt. Es ist nicht wahr, daß wir die Mobilisierung vorbereitet hätten. Wir sind aber stark genug, uns vorzubereiten, um den Friedenszustand gegen diejenigen schützen zu können, die die heutige gepante Lage mißbrauchten könnten.“

In der Debatte haben die deutschen Parteien gegen diese in jeder Hinsicht huchlerische, verlogene und hinterhältige Darlegung lebhaften Protest erhoben. Der Abgeordnete Dr. Jech, der Führer der deutschen Sozialisten, nannte die Ausführungen des Außenministers sehr unbedeutend und meinte mit Recht: Sie lassen jede klare Stellungnahme der Regierung zum deutsch-französischen Konflikt vermissen und schwiegen sich über die Absichten der Regierung in der Ruhrfrage aus.

Professor Dr. Kallia von der deutschen Universität in Prag, der Führer der deutschen Demokraten erklärte u.a.: „Wir können nur unsere tiefsten Empörung und leidenschaftlichen Erbitterung darüber Ausdruck geben daß das deutsche Reich mitten im Frieden überfallen wurde.“

Der deutschnationalen Abgeordnete Kallina bemerkte: Die Rede des Dr. Benesch habe weniger dem Epole eines tschechischen Außenministers als vielmehr dem eines französischen Staatsmannes geglichen.

Diese Rede des tschechischen Außenministers ist ein Schandwerk. Sie zeigt mir uns schenen will, auch über die Tage des gegenwärtigen Konflikts und der gegenwärtigen Krise hinaus, was Deutschland von der Tschchei zu erwarten hat.

„Der Friede von Lausanne“

Die Bestimmungen gegen Deutschland

Der Friedensvertragsentwurf der Verbündeten enthält eine Anzahl von Bestimmungen, die sich zumeist in Übereinstimmung mit dem Vertrag von Senes auf Deutschland beziehen.

Die Schwierigkeiten mit der Türkei

Die türkische Abordnung wird am Mittwoch ein Gegenprojekt zum Friedensvertragsentwurf überreichen, das sich vor allem gegen die Art des Vertragsentwurfs der Alliierten richtet.

Frankreich ist bereit, mit den Türken weiter zu verhandeln. Der „Temps“ schreibt zu der Lage in Lausanne, durch Vermittlung ihres Oberkommissars in Konstantinopel habe die französische Regierung am Dienstag eine wichtige Mitteilung nach Ankara gerichtet.

Griechisch-türkisches Abkommen

In Gegenwart von Montague und der Mitglieder des Generalsekretariats der Konferenz unterzeichneten die griechische und die türkische Delegation am Dienstag mittag im Hotel von Duxon folgende Abkommen: 1. ein Abkommen über den Austausch der Kriegsgefangenen; 2. ein Abkommen über den Austausch der Zivilbevölkerung.

Die polnische Währung in Oberschlesien. Der polnische Handelsminister, der zur Eröffnung der Handel- und Industrieausstellung in Katowitz wollte, kündigte die Einführung der polnischen Mark vom 1. März als gleichberechtigtes Zahlungsmittel neben der Reichsmark für Oberschlesien an.

Wie wieder Krieg! jagte der Frosch zum Storch, als er im Storchennest zappelte. — Zunächst müssen wir das gegenseitige Mißtrauen beseitigen, sagte das Lamm zum Wolf, als es die Wölfszähne im Nacken spürte.

Kunst und Wissenschaft

Über den Kraichgau sprach auf Veranlassung von drei hiesigen Vereinen — des Mannheimer Literaturvereins, des Bezirkslehrervereins Mannheim und der Mannheimer Ortsgruppe des Verbandes Deutscher Schulgeographen Regierungsrat Dr. F. W. Doyt für Geographie an der Leydn. Hochschule Karlsruhe.

Ein unbekanntes Tagebuch von Peter Cornelius. Eine romantische Künstlerreihe, die von Peter Cornelius in Aufzeichnungen und Bildern festgehalten ist, wird demnächst zum ersten Male veröffentlicht werden.

Danzig vor dem Völkerbund

Der Rat des Völkerbundes hat sich heute vormittag und nachmittag eingehend mit den Angelegenheiten der freien Stadt Danzig beschäftigt. In erster Linie wurde die Frage der Beteiligung Danzigs an internationalen Kongressen behandelt.

Im Anschluß hieran wurde die finanzielle Lage Danzigs und das Moratorium besprochen, das ihr auf ein Jahr bewilligt worden ist. Die Stadtwirtschaften sind vom Völkerbund angefordert worden, über die finanziellen Maßnahmen und über die Sanierungspläne Bericht zu erstatten.

Zu Beginn der Sitzung hatte Lord Balfour die Frage von Roffal eingebracht. Es handelt sich um die Grenzfrage zwischen dem Roffal und der türkischen Besatzung in Kleinasien.

Der Mord an dem belgischen Leutnant

Geständnis der Täter

Wie die „D. Ztg.“ von zuständiger Stelle erfährt, haben ehemalige Beamte der Hamborner Schupolizei, die sich jetzt in Stettin in Haft befinden, das Geständnis abgelegt, daß sie den belgischen Leutnant Graf getötet haben. Die Geständnisse sind durch Zeugen bestätigt.

Deutsches Reich

Rücktritt des sächsischen Kabinetts

Am sächsischen Landtag wurde ein Ministerantrag der Kommunisten gegen den Polizeiminister Ripstein gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der süddeutsche Senat beim Staatsgerichtshof

Noch einer Mitteilung des Reichsjustizministers Dr. Heinke im Hauptauschuß des Reichstages sind in den süddeutschen Senat beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik berufen: für Bayern: als Mitglieder Dr. von Caiser, Universitätsprofessor in München, Stemm, Oberlandesgerichtspräsident in Würzburg und Wächter, Oberbürgermeister in Bamberg.

Die Not der Presse. Auf Einladung des Reichsverbandes der deutschen Presse fand am Dienstag abend im Reichstagsgebäude eine Sitzung von Regierungsmitgliedern, Parlamentariern und führenden

Männern des Wirtschaftslebens statt, die sich mit der Stellungslage im Zeitungsgewerbe beschäftigte. Dabei wurde von Direktor Richter vom Reichsverband der deutschen Presse festgestellt, daß gegenwärtig von 4000 Redakteuren 700 stellungslos seien.

Noch ein Nachklang zum Jugoslawien Zwischenfall. Wie aus München gemeldet wird, hat der Stadtrat von Jugoslawien die von der Beschlussschlichterung verlangte Amtsenthebung des Polizeivorstandes unter Protest gegen diese Zustimmung abgelehnt.

Badische Politik

Der frühere Landtagsabgeordnete Student Dr. Goldschmidt ist in Karlsruhe im Alter von 75 Jahren verstorben. Der Entschlafene hat 38 Jahre hindurch am Karlsruher Gymnasium als ein Schulmann von tiefgründigen, namentlich literarischen und historischen Kenntnissen gewirkt.

Letzte Meldungen

Rundgebungen für Tengemann

Hannover, 31. Jan. Generaldirektor Tengemann aus Essen, einer von den vor das Mainzer Kriegesgericht geschleppten Direktoren nahm in Hannover an einer Industriellen-Tagung teil.

Besuch Tschitcherins in Berlin

Berlin, 31. Jan. (Von unv. Berliner Büro.) Tschitcherin trifft, wie der Ozeanograph erzählt, am Samstag aus Lausanne kommend, in Berlin ein.

Besuch des englischen Königs in Rom

Rom, 30. Jan. Dem Besuch des englischen Königs in Rom, der für das Frühjahr vorgesehen ist, wird in hiesigen politischen Kreisen größere Bedeutung beigegeben, als einem bloßen Höflichkeitsspektakel.

Berlin, 31. Jan. (Von unv. Berliner Büro.) Eugen Richters Bronze-Büste, die auf seinem Grab in dem Luisenstädtischen Kirchhof stand, ist in einer der letzten Nächte gestohlen worden.

Kaiserslautern, 30. Jan. Nach einer Mitteilung der Brauereien an die Wirte wird ein Ausschlag von fast hundert Prozent verlangt. Das Glas Bier, das jetzt 100 Mark kostet, dürfte dann auf 200 Mark kommen.

Alle Familien-Anzeigen

wie Verlobungs-, Vermählungs-, Geburts-, Todes-Anzeigen finden durch den Mannheimer General-Anzeiger weitestete Verbreitung!

Ermäßigte Preise auf Mannheimer Anzeigen

Literatur

Die Reaktion und die neue Ära. Skizzen zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Einheit, von Prof. Dr. A. Schönerer (Aus Natur und Geisteswelt, Bd. 101). Verlag von B. G. Teubner, Leipzig, Berlin.

Prof. Dr. Bremer: Von Stern zu Stern („Aus Natur und Geisteswelt“), mit 27 Bildern im Text, Verlag Walter u. E. Debes, Leipzig. Dieses kleine Buch will darstellen, wie die Himmelserscheinungen wären, wenn wir von anderen Weltkörpern Ausblick in das All hätten könnten.

Georg Schmöckel: Haulichen vor! Vorkämpferinnen einer nachführenden Offiziers. In den Argonen. Hr. v. Besser u. G. Bergmannsches Verlagshaus in Stuttgart. Welchem unsere Redaktionen werden sich für diese Schrift interessieren.

noch Königstein, und in übermühtiger Fröhlichkeit durchstrelkte die romantische Gesellschaft die Gegend, die damals noch wenig begangen war und ihnen wunderliche Abenteuer bot.

Kleist-Jahrbuch. Als erste Gabe der neugegründeten Kleist-Gesellschaft erscheint ihr Jahrbuch 1921, herausgegeben von Georg Rinde-Rouet und Julius Peterlen, im Verlag der Weidmannschen Buchhandlung, Berlin.

Theaterabend. Bei der am 27. im Kasseler Staatstheater veranstalteten Aufführung des deutschen Spieles „Tahdem“ von Hans Gustav Wagner, das die Leiden des deutschen Volkes im Dreißigjährigen Kriege schildert, kam es am Schluß zu einer erheblichen Kundgebung.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Dienstag, 30. Januar 1923

Eine Kundgebung gegen die Ruhrbesetzung — Genehmigung der Tarifserhöhungen der Straßenbahn, Ablehnung der Betriebseinschränkungen

In der gestrigen Sitzung, die bis um 18 Uhr dauerte, konnte die aus 12 Punkten bestehende Tagesordnung nicht erledigt werden. Das Kollegium wird deshalb heute nachmittags weiter tagen. Es ist damit zu rechnen, daß diese zweite Sitzung ebenfalls von längerer Dauer sein wird, da zwei wichtige Vorlagen: Wohnungsabgabe und Voranschlag für das Nationaltheater, noch zu beraten sind. Die Sitzung wurde mit einer Kundgebung des Oberbürgermeisters gegen die Ruhrbesetzung eröffnet. Die wenigen Sätze, die der Vorsitzende vortrug, machten in ihrer lapidaren Kürze einen so starken Eindruck, daß sie lebhaftige Zustimmung auf allen Seiten fanden. Durch die mündliche Befolgung der wichtigsten Beschlüsse des gemischten Ausschusses wurde endlich offiziell die Absicht verkündet, von den Stromverbrauchern eine neue Zwangsanleihe aufzunehmen. Darnach sollen die Summen, die man von denjenigen Verbrauchern erhebt, die mehr als 400 RM im Jahre 1922 bezogen haben, für die betriebserfertige Vollendung des Großkraftwerks, sowie die Herstellung einer ausreichenden Verbindungsleitung zwischen Großkraftwerk und Elektrizitätswerk verwendet werden. Die Interessenten erfahren also vier Wochen nach dem gefassten Beschlusse endlich offiziell, zu welchem Zweck sie von neuem eine Vorleistung zahlen auf den Strombezug zu leisten haben, der in vielen Fällen ganz enorm sein wird. Kommentar überflüssig.

Die Beratung der Punkte 2-9 der Tagesordnung, die mehr formaler Natur waren, zog sich mehr in die Länge, als man erwarten konnte. Bei der Sitzung über die Tagelöhner und Reiseflosten der Mitglieder städtischer Dienstgeschäfte und der städtischen Beamten bei auswärtigen Dienstgeschäften (Sitzung Stv. Walthers) namens der Fraktion der Deutschen Volkspartei vor, die Vergütung der Beamten der Besoldungsgruppen 1-9 um 3% auf den vollen Betrag der beantragten Sätze zu erhöhen und den Beamten der Gruppen 10-13 einen Prozentsatz Zuschlag zu gewähren. Der Oberbürgermeister mußte anerkennen, daß die beantragten Sätze durch die Geldentwertung schon überhöht sind, er verzichtete aber gleichzeitig auf den 3% der Sätze, nach dem der Oberbürgermeister versagen kann, daß die wirklichen Auslagen erlitten werden, falls die vom Stadtrat festgesetzten Sätze die tatsächlichen Auslagen offensichtlich nicht decken. Die Vorlage wurde infolgedessen einstimmig angenommen. Bei der Beratung des Statuts für Gewerbe- und Kaufmannsgericht beantragte Stv. Dr. Jepsch Namens der demokratischen Fraktion, die Vergütung für die Arbeitnehmerlicher von 200 auf 600 M zu erhöhen. Stv. Schneider schlägt Namens der Wirtschaftlichen Vereinigung vor, auch den Arbeitgebereinflüssen eine Vergütung zu gewähren. Während der demokratische Antrag mit dem Stadtratsbeschlusse angenommen wurde, blieb der Schneider'sche Vorschlag nur Anregung, weil der Oberbürgermeister sich auf den Standpunkt stellte, daß das Amt des Arbeitgebereinflusses ehrenamtlich ist und nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht honoriert werden darf.

Stundentag zog sich wieder die Besprechung der Straßenbahnvorlage in die Länge. Stv. Wolf brachte in längeren Ausführungen die Besonderen der Deutschen Volkspartei gegen die Einzelheiten der Vorlage vor, die zu beanstanden sind. Vor allem wurde darauf hingewiesen, daß durch den herkömmlichen Widerspruch gegen die Zustimmung von drei Lehrstühlen für die Kurzjahre Mola für die Rentabilität der Straßenbahn so überaus wichtigen Sorgen verabschiedet worden sind. Von den Rednern des Zentrums wurde der Standpunkt vertreten, daß nur durch die Erhöhung der Leistungen des Personals eine durchgreifende Besserung der Straßenbahnleistungen möglich sei. Die Vorsehler darin einen Hinweis auf den Kostendruck, über den die Arbeiterklasse nicht diskutieren sollte. Ein Dreifach sprach sich gleichzeitig gegen die Betriebseinschränkungen aus, von denen er sich keine durchgreifende Besserung verspricht. Bei dieser Einstellung war das Ergebnis der Abstimmung nicht verwunderlich. Es ergab sich wieder eine Mehrheit der Voten in Gemäßheit mit dem Zentrum gegen die vom Stadtrat vorgeschlagenen Betriebsbeschränkungen. Die Tarifserhöhungen wurden angenommen. Damit ist die Straßenbahntrassierung verlängert. Man dreht die Tariffahrt um neuem an, bis sie eines Tages ausgetrieben ist. In absehbarer Zeit wird sich doch die Notwendigkeit herausstellen, die Reformen, die nur hinausgeschoben sind, durchzuführen, wenn das Defizit nicht ins Ungemeine anzuwachsen soll.

Sitzungsbericht

Oberbürgermeister Dr. Ruher eröffnet die beschlußfähige Sitzung um 4.15 Uhr. Die Galerie ist fast besetzt.

Eine Kundgebung des Oberbürgermeisters

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift der Vorsitzende das Wort zu folgenden Ausführungen:

Selt dem 11. Januar ist ein weiterer Teil unseres deutschen Vaterlandes, das Ruhrgebiet, und in ihm zahlreiche blühende Städte der Gewalt Frankreichs und Belgiens unterworfen worden. Ein Eindruck, der kaum ein anderes Beispiel in der Weltgeschichte hat, als den Heberfeld Frankreichs auf unser Land, der unsere Stadt im Jahre 1689 in Trümmer legte, hat das Ziel, Deutschlands Einheit und Deutschlands Wirtschaft zu vernichten. Auch Leben und Wirtschaft der Stadt Mannheim sind in höchstem Maße gefährdet. Wir schließen uns der feierlichen Barmherzigkeit anderer Körperschaften an und geloben Tränen unserm Lande, unserem Volke und insbesondere unseren Brüdern am Niederrhein und in Westfalen. (Geheftige Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Der Vorsitzende macht zunächst folgende mündliche Mitteilungen über die Beschlüsse des gemischten beschließenden Ausschusses:

- a) Aus den Sitzungen des gemischten beschließenden Ausschusses am 20. Dezember 1922 und 18. Januar 1923 ist mitzuteilen:
- a) Der Straßenbahntarif wurde neu festgesetzt; es folgte die billige Einzelsahrt ab 1. Januar 1923 60 M und ab 20. Januar 1923 80 M.
- b) Die Gebühren für den Schlacht- und Viehhandel ab 1. Januar 1923 um 60-100% gesteigert werden.
- c) Die Wochenmarktgebühren wurden ab 1. Januar 1923 um das Fünffache der bisherigen Preise erhöht.

Aus der allgemeinen Kridloge wurden zur Verfügung gestellt:

- a) zur Durchführung der Wiederherstellungsarbeiten im Theateraal des Theatersmagasins A. 3. 1 23000 000 M abzüglich der Brandentschädigung;
 - b) zur Erwerbung von 5 Holzbaracken mit 34 Wohnungen auf dem Egerplatz von Reichsstatistik 3 Millionen M.
- Für die vom Großkraftwerk Mannheim anzulegende werkbefähigende Anleihe in der Höhe bis zu 150 000 Tausend Reichsmark übernimmt die Stadt Mannheim zusammen mit dem Kreis Wald die gesamtschuldnerische Haftung.
- Die für die betriebserfertige Vollendung des Großkraftwerks sowie die Herstellung einer ausreichenden Verbindungsleitung zwischen Großkraftwerk und städtischem Elektrizitätswerk notwendig werdenden Mittel sollen zum Teil durch Heranziehung der an der Stromerzeugung selbst am meisten beteiligten Stromabnehmer aufgebracht werden. Ueber den Bezug der Stromabnehmer wird zwischen der Stadtgemeinde und der Großkraftwerk A.G. eine Vereinbarung getroffen.

Von der Mannheimer Grundstücks-Gesellschaft m. b. H. wird das in den Gemarkungen Reröder und Rerowiesener gelegene Gelände im Ausmaße von 224 700 Quadratmeter zum Preise von 22 Millionen M (pro Quadratmeter etwa 100 M) erworben. Zur Deckung des Kaufpreises und der Erwerbskosten wird ein Betrag von 23,6 Millionen M aus Anleihen mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligt.

Von der Terrain-Gesellschaft Neustadt wird das im Gebiet Neustadt gelegene Gelände im Ausmaße von 134 984 Quadratmeter zum Preise von 50 M für den Quadratmeter gleich 6 749 200 M erworben unter Aufhebung der Verpflichtungen der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft aus dem Erbschaftsvertrag vom 12. Juli 1909. Zur Deckung des Kaufpreises und der Erwerbskosten wird ein Betrag von 7,3 Millionen M aus Anleihen mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligt.

Da die Firma Hedderheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kabelwerke A.G. und die Firma Wilhelm Dehmann, Säge- und Hobelwerk, wird das Gelände zwischen den bisherigen Grundstücken der genannten Firmen an der Wolfhofsstraße auf deren Antrag verkauft zum Zwecke der Erstellung von Gebäuden für Industriezwecke oder Werkwohnungen. Der Preis für das stehende Gelände beträgt 30 M für das hochliegende Straßenamalgam 100 M für den Quadratmeter.

Für eine Forderung der Sportasse Mannheim aus Darlehen an die Langenheide-Stammberg G. m. b. H. bis zur Höhe von 2,5 Millionen M übernimmt die Stadtgemeinde Mannheim die Bürgschaft gegen Sicherheitsübertragung des gesamten Inventars in der Heilstraße.

Satzung über die Tagelöhner und Reiseflosten der Mitglieder städtischer Dienstgeschäfte und der städtischen Beamten bei auswärtigen Dienstgeschäften Stv. W. Gruber (D. Vp.) begründet die Vorlage. Stv. W. Walter (D. Vp.) wünscht eine Änderung der Vorlage darin, daß die Gruppen 1-9 der städtischen Beamten die Sätze voll erhalten und die Beamten ab Gruppe 10 einen Zuschlag von 25%. Sonst stimmt die Partei der Vorlage zu. Nach kurzen Bemerkungen des Oberbürgermeisters, der sich auf den Boden des stadträtlichen Antrags stellt, wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Satzung für den Ausschuss für die Armen- und Wohlfahrtspflege. Nach kurzer Begründung durch Stv. J. J. J. (Dem.) wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Satzung für den Ausschuss für die Jugendfürsorge. Stv. J. J. J. (Dem.) begründet ebenfalls die Vorlage und empfiehlt ihre Annahme. Stv. Frau Schenk (Dem.) bittet, in erster Linie die alten Leute zu unterstützen. Jugendfürsorge sei hauptsächlich keine Wohlthat. Der Ausschuss müsse anders zusammengesetzt werden. Nach dieser Vorlage wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Satzung für den Ausschuss für den Schul-Ausschuss. Auch dieser Punkt erledigt durch Stv. J. J. J. (Dem.) eine kurze Begründung. Stv. Schnell (Kom.) tritt der Vorlage entgegen, weil auch hier die Zusammensetzung des Ausschusses nicht den Wünschen seiner Partei entspreche. Die Vorlage findet gegen die Stimmen der Kommunisten Annahme.

Änderung des Statuts für das Gewerbegericht. Der Stadtrat schlägt vor, das Statut des Gewerbegerichts wie folgt zu ändern: a) Die in § 24 vorgesehene Entschädigung der Richter wird für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf 200 Mark für jede Sitzung ohne Rücksicht auf deren Dauer erhöht. Dieser Betrag kann zur Annullation an den veränderten Geldwert durch Beschluß des Stadtrats anderweit festgelegt werden. b) Anstelle der bisher nach § 27 vorgesehene Wechselsfreiheit werden die gesetzlich zulässigen Gebühren in voller Höhe erhoben. Diese Änderungen treten mit der Staatsgenehmigung in Kraft. Der Stadtrat der Vorlage ist zu entnehmen, daß die Entschädigung bisher 25 Mark betrug. Erleidet ein Arbeitnehmer Schaden über den Betrag von 200 Mark hinaus einen Verdienstausfall, so ist aufgrund des Gesetzes selbst der volle Betrag zu leisten. Die Gebühren sollen in Zukunft bei einem Ertraher bis 20 Mark einschließlich 150 Mark, von mehr als 20 bis 50 Mark 250 Mark und von mehr als 50 bis 100 Mark 5 M betragen. Die ferneren Berufskosten steigen um je 100 Mark, die Gebühren um je 5 Mark. Die höchste Gebühr beträgt 1500 Mark.

Stv. J. J. J. (Dem.) begründet die Vorlage. Stv. Dr. Jepsch (Dem.) beantragt Namens seiner Fraktion, die Entschädigung der Arbeitnehmer von 200 auf 600 Mark zu erhöhen. Stv. Schneider (Wirtsch. Vg.) tritt dafür ein, daß auch die Arbeitgeber, selbständige Gewerbetreibende usw., eine entsprechende Entschädigung erhalten. Der demokratische Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist zugleich die stadträtliche Vorlage genehmigt.

Änderung des Statuts für das Kaufmannsgericht. Der Stadtrat beantragt, das Statut des Kaufmannsgerichts wie folgt zu ändern: a) Die in § 24 vorgesehene Entschädigung der Richter wird für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf 200 Mark für jede Sitzung ohne Rücksicht auf die Dauer erhöht. Dieser Betrag kann zur Annullation an den veränderten Geldwert durch Beschluß des Stadtrats anderweit festgelegt werden. b) Anstelle der bisher nach § 25 erhobenen Gebühren werden die gesetzlich zulässigen Gebühren in voller Höhe erhoben. Diese Änderungen treten mit der Staatsgenehmigung in Kraft. Die bisherige Entschädigung betrug, wie wir der Begründung der Vorlage entnehmen, 10 Mark. Die Gebühren werden erhöht bei Streitwerten bis einschließlich 20 Mark auf 150 Mark, von mehr als 20 bis 50 Mark auf 250 Mark, von mehr als 50 bis 100 Mark auf 5 M (bisher 1-3 M). Die ferneren Berufskosten steigen um je 100 Mark, die Gebühren um je 5 Mark. Die höchste Gebühr beträgt 1500 Mark.

Nach Begründung durch Stv. J. J. J. (Dem.) wird der gleiche demokratische Antrag wie bei der vorhergehenden Vorlage und damit die stadträtliche Vorlage angenommen.

Gemeindegeldern. Der Stadtrat beantragt, die nach der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 11. Dezember 1922 über die Verwaltungsgebühren der Gemeinden festgesetzten Gebührensätze gemäß § 34 Abs. 3 der Gemeindeordnung vom Tage des Eintreffens der Staatsgenehmigung zu verdoppeln. Der Stadtrat ist ermächtigt, im Falle fortwährender Geldentwertung weitere Erhöhungen der Verwaltungsgebühren zu beschließen.

Der Stadtrat beantragt, die nach der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 11. Dezember 1922 erlassene Verordnung unterscheidet: Schreibgebühren von 15 Mark für die Seite, Antragsgebühren für Abweisung von Gutachten, Berichten u. a. Darstellungen von 20-500 Mark, Befreiungsgebühren für Jungmilitär aller Art von 10-200 Mark, Befreiungsgebühr für Befreiung von Abschriften und Auszügen von 15 Mark, neben der Schreibgebühr, für Befreiung von Urkunden von 15 Mark für die erste, 10 Mark für jede weitere Unterschrift, Zustellungsgebühren von 15 Mark, Befreiungsgebühren für den Anschlag an der Rathenstafel nebst Befreiung von 10 Mark, Befreiungsgebühren bei Aufnahme einzelner Gläubiger und Anträge 20 Mark, bei anderen mündlichen Verhandlungen 30 bis 100 Mark für jede angefangene Stunde, Entscheidungsgebühren 30-200 Mark, wenn die Entscheidung eine Erlaubnis, Genehmigung oder Nachsicht enthält bis 500 Mark, Vorlegungsgebühren für Befreiung der Einsicht in Register, Verzeichnisse, Akten, Pläne 10 Mark je Antrag, Auslassungsgebühren für die in amtlicher Form gegebene Auskunft von Gemeindegeldern 10 Mark, im Falle besonderer Erhebungen oder anderer Zeitaufwandes bis zu 50 Mark, daneben für schriftliche Auskunft die Schreibgebühr. Für Blühende im Ausland können die Gebühren bis zum Wochen erhöht werden. Gebühren werden nicht erhoben, wenn die Tätigkeit der Gemeindegeldern im öffentlichen Interesse erfolgt, in Urkunden, im Versorgungsverfahren für Arbeitsbeschäftigte oder Hinterbliebenen, für Sozial- und Kleinrentner. Der Stadtrat kann Nachsicht oder Ermäßigung der Gebühr gewähren. Außer den Gebühren und auch im Falle der Gebührenfreiheit sind

die durch das Verfahren verursachten baren Auslagen zu erstatten. Wegen den Gebührenanfall und die Fortdauer von Auslagenersatz ist Befreiung an die Staatsaufsichtsbehörde zulässig.

Stv. B. Hahn (Soz.) begründet die Vorlage, die ohne Debatte angenommen wird.

Kriegsanleihe-Ubertragung. Die Vorlage wird durch Stv. B. Hahn (Soz.) begründet und ohne Debatte angenommen.

Betrieb der Straßenbahn. Stv. B. Fuhs (Soz.) gibt die Begründung der Vorlage. Die Straßenbahn sei für Mannheim eine unbedingte Notwendigkeit. Zur Erhaltung müßten die Fahrpreise soweit wie irgend möglich erhöht werden. Gerade für die Industrie sei die Straßenbahn sehr wichtig. Deshalb sei es bedauerlich, daß sich die Industrie gegen Aufstockungen abweisend verhalten habe. Stv. B. Krenzel (Komm.) vertritt die Ansicht seiner Partei. Eine Einschränkung bedeute immer ein weiteres Defizit. Die ganze Aufstellung sei durch den neuen Sturz der Markt völlig überholt. Der Urlaub der Beamten dürfe nicht gekürzt werden. Redner findet es unverständlich, daß man an Entlassungen denke. Seine Partei lehne die Vorlage ab. Stv. B. Trumpler (Soz.) ist der Ansicht, daß trotz der Tarifserhöhungen die Straßenbahn sich als nicht tragfähig erwiesen habe. Die Straßenbahn habe die Aufgabe, das Wirtschaftsleben der Stadt zu heben. Was für andere Leute das Auto wäre, sei für die arbeitende Bevölkerung die Straßenbahn. Sie müsse unbedingt erhalten bleiben. Die Sozialdemokratie sei bei der Genehmigung der Tarife immer bis an die äußerste Grenze gegangen. Das Personal der Straßenbahn habe immer seine Pflicht getan. Die Frage der Abfindung müsse über den 31. Januar hinaus verlängert werden. Die Urlaubsfrage müsse genau wie die Besoldungsfrage, die nach dem Reichsstatut geregelt wurde, behandelt werden; eine Einschränkung dürfe nicht stattfinden. Die Privatindustrie müsse zur Unterstützung herangezogen werden. Die Straßenbahn müsse den Strom zum Selbstkostenpreis erhalten. Die Einsparungsanträge müßten von der Sozialdemokratie abgelehnt werden.

Stv. Dr. K. K. (Zentr.) bemerkt, mit den Einzelheiten, wie sie von den Vorträgern vorgebracht wurden, werde das Straßenbahnproblem nicht gelöst. Die Straßenbahn müsse auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden. Mit weiteren Einschränkungen werde nicht geholfen. Eines Tages sei auch die Tariffahrt ausgetrieben. Seine Fraktion sei der Auffassung, daß die Deckung des Personals erhöht werden müsse. Das lege selbst im ureigensten Interesse des Personals. Seine Fraktion stimme der Tarifserhöhung, aber nicht dem Abbau zu. Der Stadtrat sollte die Verwaltung der Straßenbahn ernanntigen, seine Anträge zu prüfen und zu verwirklichen. Stv. B. Kundhaas (Zentr.) ist der Ansicht, daß man Bogen lassen lassen muß, wenn man Geld einnehmen will. Einsparungen müßten erfolgen. Aber nach seiner Ansicht sei dies schon mehr geschehen, als erträglich sei. Millionen müßten für die Einschränkungen ausgespart werden. Solange sich eine Linie bezahlt mache, dürfe daran nicht getüfelt werden. Durch die Einschränkungen in der Werkstatt würde die Brauchbarkeit des Materials gefährdet. Der Ditektion müsse mehr Freiheit bei Einschränkungen gelassen werden. Bei weiteren Einschränkungen würde der ganze Betrieb über den Haufen geworfen. Kein Straßenbahner sei mehr zu entbehren. Die Leistungsfähigkeit der Werkstätten werde durch die veralteten Maschinen beeinträchtigt. Jahnsteinbetrieb nach den Vorschriften sei die Höchstgrenze der Verkehrsleistung. Der Späverkehr könnte früher geleistet werden. Bei allem Entgegenkommen könne das Personal nicht soweit gehen, daß die reichsgesetzlichen Bestimmungen und der Betrieb gefährdet würden. Der Schaffner mache heute schon mehr als acht Stunden Dienst, weil allein das Gedächtnis mehr Zeit als früher in Anspruch nehme. Ein Verkehrsrißgang habe nicht stattgefunden. Momentan sei der Verkehr sogar härter als früher.

Stv. B. Knobel (Dem.) tritt dafür ein, daß Entlassungen nach Möglichkeit zu vermeiden seien. Die Konkurrenz zwischen der Staatsbahn und der Elektrischen im Vorortverkehr sei durch den großen Preisunterschied sehr stark. Gerade bei den Vororten sei der Preis zu hoch, hier müßte eine andere Tarifverteilung eintreten. In diesem Falle werde auch die Benutzung der Elektrischen zunehmen. Bei einer Betriebseinschränkung müßte für den richtigen Anschlag gefordert werden, auch die Gültigkeit der Fahrkarten müsse verlängert werden. Die demokratische Partei stimme schweren Herzens den Betriebseinschränkungen zu. Stv. B. Müller (Wirtsch. Vg.): Die Industrie hätte dahin gebracht werden müssen, daß sie auf die Verkehrszeiten Rücksicht nehme, damit der Ansturm nicht zu groß werde. Der Redner kritisiert die Verwaltung des inneren Betriebs, die er nicht praktisch nennt. Verschiedene Zweige müßten unbedingt zusammengelegt werden. Die zu entlassenden Angestellten müßten an anderen Stellen untergebracht werden. Seine Partei stimme der Vorlage zu.

Stv. B. Wolfes (D. Vp.) legt in längeren Ausführungen die Ansichten seiner Partei dar. Er könne der Straßenbahn den Vorkauf nicht ersparen, daß sie es in den letzten 1 1/2 Jahren darauf angelegt habe, durch Auslassen der ersten 3 Teilspreisen die Fahrgäste zu vertreiben. Ein Vergleich mit anderen Städten sei nicht gut möglich, da Mannheim durch seine Baumweise besonders ungünstig daran sei. Man müsse versuchen, die Bahn auf einen Boden zu stellen, auf dem sie rentiere. Wie das Defizit zu beheben sei, darüber gebe die Vorlage auch keinen Aufschluß. Wenn auch der zweite Einschränkungsvorschlag angenommen werde und einige 100 Arbeiter entlassen werden, so könne dies ein Weg sein, der am längsten heißen könnte. Aber auch dann habe die Straßenbahn ein Defizit, von dem man nicht wisse, wie es gedeckt werden soll. Auf diesen Wege läge man dahin, alle 2, 3 oder 4 Wochen sich schuldig zu werden, ob sich die Weiterführung überhaupt noch ermöglichen lasse. Daß sich die Straßenbahn rentiere, dahin werde man nie kommen, da sie sich noch nie rentiert habe, weil man nicht verstanden habe, Fahrgäste zu halten. Wenn man sage, die Straßenbahn müsse auf alle Fälle aufrecht erhalten bleiben, so gebe es dabei einige Bedenken. Brot, Wohnung und Kleidung müsse der Mensch haben, aber die Straßenbahn könne entbehrt werden. Der Grundlag der kurzen Teilspreisen hätte mehr beachtet werden müssen. Diese Nichtbeachtung räche sich heute. Das Straßenbahndefizit in dieser Höhe und der Rückgang der Fahrgäste, wie er heute bestünde, lege daran, daß man nicht praktisch genug war. Das rechte Mittel zur Abhilfe zu finden, sei sehr schwierig. Jedes Mittel lasse ein Defizit offen, von dem man nicht wisse, wie es die Stadt decken solle. Die Aufstellung über die Strompreise sei sehr interessant. Es ist bemerkt, daß die Stadt den Strom zum Selbstkostenpreis abgeben sollte, der für eine Kilowattstunde 90 Mark betrage. Für den Verbraucher sei das sehr interessant. Entweder seien die Selbstkostenpreise zu niedrig angegeben, um der Straßenbahn entgegen zu kommen — für eine solche Erlöse sei zu danken — oder sie seien richtig angegeben, dann sei eine Starstellung zu geben über die übrigen Berechnungen des Budgets. Wenn man die Bahn überhaupt weiterführen wolle, seien unbedingt Einschränkungen nötig. Man werde dadurch dazu kommen, daß der Verkehr noch geringer werde. Man müsse die Sache doch so betrachten, wie sie sich nach den Ziffern der Tabelle, d. h.: Wir wollen Euch langsam die Geschichte vormachen, den Mut, es auf einmal zu sagen, haben wir nicht. Heute sei die wichtigste Frage, wo von der Straßenbahn mehr Fahrgäste zuführe. Die Tarife würden bei vielen Fahrgästen Anstoß erregen, weil die Fahrpreise über ihre persönlichen Leistungen hinausgehen. Die Straßenbahn müsse Mittel und Wege suchen, Fahrgäste heranzuziehen. Durch Ausstattung des Tarifs müsse den Fahrgästen das Fahrer wieder schmackhaft gemacht werden. Trete keine Hebung ein, so würden in einigen Wochen noch mehr Straßenbahner entlassen werden.

Sta. Gremm (Str.): Wenn Direktor Lohm auf der Rheinbahn wohnte, würde kein 40 Minuten-Betrieb eingeführt. (Heiterkeit.) Der Redner, der wieder die Bader auf seiner Seite hat, findet mit seinen kritischen Auslassungen selbst auf der Galerie Beifall. Straßenbahndirektor Lohm: Ich stehe fest, daß der 100 M.-Tarif nicht zu niedrig ist, weil inzwischen eine weitere 25prozentige Gehaltserhöhung bewilligt wurde. Die Dienststellung werde durch die Existenzunsicherheit des Personals und durch den gegenwärtigen hohen Krankenstand durch Grippe sehr ungünstig beeinflusst. Der Verkehrszugang habe im Dezember 1922 ein Drittel gegen den gleichen Monat des Vorjahres betragen. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Schablonisierung des Achtkunden-tages das Verkehrsnetz schädliche. Warum müssen wir die lange Urlaubszeit haben? (Zurufe und Unruhe auf der Galerie.) Ich habe dem Personal gesagt, daß ich auf genau so viel Tage verzichten, wie der Straßenbahner. Nach der neuen Regelung werden der Schaffner 153 000 M., also 30 000 M. mehr als im Dezember. Er bedauert außerordentlich, daß die Industrie bisher keine Zuschüsse gewährt habe. Die Verminderung der Löhren um 8 auf 7 würde einen Ausfall von 47 Millionen Mark im Jahre verursachen. Er habe die begründete Hoffnung, daß die Reichsbahn die Fahrpreise bald auf den Stand bringe, der die Straßenbahn nicht mehr schädige. Er wolle es gerne die Behauptung des Sta. Moser zurück, daß die Straßenbahnverwaltung wissenschaftlich die Kurzfahrten durch die Nichterfüllung der 3 Streckengrenze isoliert habe. Oben sei beim Personal gründlicher abgebaut worden als unten. (Heiterkeit auf der Galerie.) Es wäre unzulässig gewesen, dem zweiten Tarif schon am 18. Februar einzuführen. Sta. Dr. Thelen (Str.) ist für die unbedingte Ablehnung der beiden Einschränkungsvorschläge, weil sich die Einnahmen zu den Ausgaben wie 1:2 stellen. Der Redner kommt aufgrund seiner weiteren Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß die Leistung erhöht werden muß. Sta. Dreifuh (Soz.) hat aus den Ausführungen der Vorredner herausgehört, daß der Abbau des Achtkundenanges das Mittelste kein solle. In dieser Beziehung würden die Arbeiter aber nicht mit sich reden lassen. Seine Forderung lehne jede weitere Einschränkung ab, weil sich ein geordneter Betrieb doch nicht mehr aufrecht erhalten lasse. Dagegen sei er für ein Verbot der Stromerzeugung des Sta. B. Schmitt (Komm.) lehnt die Vorlage ab, weil seine Fraktion das wachsende Defizit nicht mehr verantworten könne, und weil weitere Einschränkungen gleichbedeutend mit Stilllegung seien. Sta. Benz (D. Sp.) stellt fest, daß die Mannheimer Industrie, die die höchsten Löhne in Deutschland zahle, im Konkurrenzkampf leide. Es gebe keine Stadt in Deutschland, in der die Industrie schädliche Betriebe unterführe. Die Straßenbahn sei eine unbedingte Notwendigkeit. Deshalb müßten die Löhne bis zur erträglichen Grenze gelindert werden. Die Gehälter und Löhne der Fahrgäste würden dann auch entsprechend sinken.

Sta. Röhren (Wirtsch. Bez.) ist der Ansicht, daß die Tarife so gestaltet werden müssen, daß sie getragen werden könnten. Sta. Trumppeller (Soz.) tritt den Ausführungen des Sta. Benz entgegen und bemerkt, daß Mannheim eine der teuersten Städte sei. Die Industrie müsse die Straßenbahn unterstützen, da diese unbedingt erhalten werden müsse. Bürgermeister Ritter begründet nochmals den Standpunkt der Stadt und stellt mit, daß der Stadtrat den Punkt 3 der Vorlage (100 Mark-Tarif vom 25. Februar ab) zurückgezogen habe. Ohne Zuschüsse sei die Erhaltung der Straßenbahn nicht möglich. Mit Tarifrückbänden müsse verlust werden, so lange auskommen wie möglich. Erst wenn der Verkehr zu stark abnehme, müsse mit der Erhöhung aufgehört werden. Die Betriebseinsparungen dürfen auf keinen Fall abgelehnt werden, da die Stadt sonst nicht wisse, wie sie das Defizit decken solle. Der Bevölkerung müsse einmal klar gemacht werden, daß die Straßenbahn nur das verlange, was ihr die Befriedigung einer Person koste.

Genau 3/8 Uhr erfolgt die Abstimmung. Punkt 1 des nachträglichen Antrages, der die mittelste Betriebsbeschränkungen vorzieht, wird mit den Stimmen des Zentrum, der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt, dem Tarifrückbänden dagegen zugestimmt.

Hierauf wird die Beratung um 3/8 Uhr abgebrochen und in nicht öffentlicher Sitzung Grundstücksveräußerung erledigt. Die Weiterberatung der Wohnungs- und Theatervorlage beginnt Mittwoch nachmittags 4 Uhr.

Städtische Nachrichten.

Aus der Stadtratsitzung vom 29. Januar 1923

Umlage auf Liegenschafts- und Betriebsovermögen
Für das Rechnungsjahr 1921 ist als Gemeindesteuer gemäß § 59 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes vom 4. August 1921 von je 100 M. des Steuerwertes zu erheben:
1.80 M. für die Gebäude, das landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebsovermögen.
2.70 M. für die eingetragenen Grundstücke.
3.60 M. für die klassifizierten Grundstücke und den Wald.
Die vorläufige Kreissteuer für 1921 mit 12 Btg. aus 100 M. Steuerwert wird auf die Stadtkasse übernommen. Der Bürgerausschuss wird um Zustimmung ersucht.

Die Vergütungsordnung der Stadt Mannheim
wird dahin geändert, daß § 19 einen Zusatz erhält, wonach der Stadtrat ermächtigt wird, die in § 16-19 vorgesehenen Pauschalen der jeweiligen Geldwertentwicklung anzupassen. Die Zustimmung des Bürgerausschusses wird eingeholt.

Erhöhung der Eintrittspreise des Nationaltheaters
Die Steigerungen der persönlichen Aufwendungen für das Nationaltheater erfordern eine Erhöhung der Eintrittspreise um 40 Prozent; ihre durch Beschluß der Theaterkommission angeordnete vorläufige Erhebung ab 21. Januar 1923 wird nachträglich gutgeheißen. Für die laufenden Mieten wird diese Erhöhung ab 4. Februar 1923 wirksam.

Die Arbeitszeit für das Wohnungsbau
wird ab 1. Februar ds. Js. wie folgt festgesetzt: Montag—Freitag von 8—11 Uhr und von 1.3—6 Uhr, Samstag von 8—1 Uhr. Für das Publikum ist geöffnet jeden Nachmittag von 3—5 Uhr, abgesehen von Samstagen.

Ehrenzeichen für Feuerwehrleute
An 20 Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr wird auf Vorschlag des Kommandos das von der Stadtgemeinde für 20-jährige Feuerwehrdienstleistungen gestiftete Ehrenzeichen verliehen.

Zur Milchpreisfrage
Die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen in der Landesmilchpreis-Kommission haben dem mittelbadischen Städteverband für Milchbeschaffung und Milchverwertung folgende Entschlüsse zugestimmt:

Die Zulassung des mittelbadischen Städteverbandes gegen den von den unterzeichneten landwirtschaftlichen Organisationen und den Vertretern der bedürftigen Städte am 30. Dezember 1922 festgesetzten Erzeugermilchpreis (Landesgrundpreis) von 140 M. pro Hektar ist ihnen beantragt, dem mittelbadischen Städteverband folgendes zu erklären:

1. Der am 30. Dezember 1922 vereinbarte und ab 5. Januar 1923 geltende Erzeugermilchpreis (Landesmilchpreis) von 140 M. pro Hektar ist schon Ende Dezember zur Produktionskostendeckung keineswegs hin, geschweige denn für den ganzen Monat Januar. Nur in Anbetracht der bitteren Notlage einzelner armer milchbedürftiger Bevölkerungsteile haben sie sich mit diesem Milchpreis zufrieden.
2. Infolgedessen betrachten sie es als eine unverantwortliche Verletzung der Konventionen und Entstellung der Tatsachen, wenn der mittelbadische Städteverband in der Tagespresse zu behaupten sich erlaubt: „In einer Zeit, wo man in außerordentlich Weise im badischen Lande zur Bekämpfung der Not in den Städten eifrig zu Gunsten der Notgemeinschaft sammelt, sollte man nicht dazu kommen, das, was man mit der einen Hand gibt, in doppelter Weise mit der anderen wegzunehmen.“

3. Durch die Milchpreispolitik des mittelbadischen Städteverbandes wird der Milchablieferungswille der Landbevölkerung nur geschwächt; somit kann es der mittelbadische Städteverband als sein Verdienst anrechnen, wenn die Versorgung der alten und kranken Leute, der Kinder, der werdenden und stillenden Mütter mit Milch eine Verhinderung erfährt.“

Die Entschlüsse sind unterschrieben von folgenden in der Landesmilchpreis-Kommission vertretenen landwirtschaftlichen Organisationen: Badischer Bauernverein E. V., Badischer Genossenschaftsverband, Badischer Landbauverband, Badischer landwirtschaftlicher Verein, Badischer Milchverband, Badischer Volkerverband und Zentrale Landbauverbände.

En t i e f b e k l ä m e n d e s, t r a u r i g e s S c h a u s p i e l

abstoßenden Terrors spielte sich am Dienstagabend im Rosenpark ab. Auf Veranlassung der Deutschen Volkspartei sollte Admiral Scheer im Walfenpark über das Thema „Deutsche Not und deutsche Zukunft“ sprechen. Infolge des standpattigen Betragens der Kommunisten, die sich jedoch in den Saal eingebrungen waren, hielt es die Parteileitung aber für geraten, Admiral Scheer nicht sprechen zu lassen. Als die Kommunisten die Internationale anstimmten, langten die Verarmungsstreifer unter Orgelbegleitung wasserländische Lieder, die das Gedrüll der Eindringlinge übertrugen. Um 9 Uhr erschien dann die Schutzmannschaft, vertrieb die Robowand aus dem Rosenpark und säuberte die Zugangstufen, wobei ein Schutzmann einen Wessertisch durch die Lunge und ein Kommunist einen Sabelhieb erhielt. Es ist tief bedauerlich und unvergesslich, daß in der gegenwärtigen Zeit, wo im Ruhrgebiet und in der Pfalz alle Deutschen so mannhaltig für ihr Deutschland eintreten, kommunistische Heizer durch pöbelhaftes Benehmen die Ruhe und Ordnung stören. Eine Anzahl der Robowand, von denen übrigens die größten Schreier beim Erscheinen der Polizei sofort ausriffen, wurden verhaftet. Admiral Scheer ließ den Vertretern der Presse mitteilen, daß er die Vorgänge tief bedauere, zumal er nach überall unter dem größten Beifall für die Eingliederung des deutschen Volkes eintrat. — Wie sich die Kommunisten die Eingliederung denken, davon konnte man sich gestern überzeugen. Nebenbei dürfte ihnen die gelirte Aktion die Lust zu weiteren Heldentaten wohl verloren haben. Die Polizei ging unerschrocken vor, hätte aber bedeutend früher nach dem Rosenpark beordert werden sollen. Wie wir erfahren, wurde die Polizeidirektion bereits nachmittags benachrichtigt, daß eine Störung der Versammlung beabsichtigt sei. Es ist daher unverständlich, daß eine genügende Sicherung erst so spät erfolgte.

* 10jähriges Jubiläum des kathol. Frauenbundes. Kommenden Sonntag wird aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des katholischen Frauenbundes in der Jesuitenkirche ein Festgottesdienst abgehalten. Festprediger ist Stadtpfarrer Biehler von der Liebigstr. 10. Nach der Festpredigt ist Revue, Hochamt, Prozession und Segen.

* Sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Dampfmaschinenfabrik Mannheim feiert morgen Donnerstag Kanzleiassistent Otto Venz, Friedrichstraße 4. Der Jubilar erfreut sich bei seinen Vorgesetzten und Kollegen allgemeiner Beliebtheit.

* Verhaftet wurde gestern von der hiesigen Kriminalpolizei der frühere Bürgermeister von Schifferstadt, Dr. Braun, der bereits im vorigen Jahre von der Heidelberger Kriminalpolizei festgenommen, aber wieder freigelassen worden war. Die Gemeinde Schifferstadt hatte ihn seines Amtes als Bürgermeister entbunden.

* Kriegsgräberfürsorge. Der Landesverband Baden des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge, der sich bekanntlich die Erhaltung der Kriegsgräber zur Aufgabe gestellt hat, wird am Sonntag, den 4. Februar in Karlsruhe im großen Rathaus seine diesjährige Landesversammlung abhalten. Dem Landesverband gehören zur Zeit 10 Ortsgruppen an. Auf der Tagesordnung steht außer den Geschäftsberichten die Beratung über einen einzuführenden Vorkurs für Ehren der Gefallenen, ferner die Einleitung einer Reichssammlung zur Ausbringung der Mittel für die Erhaltung der Kriegsgräber und vor allem die Gründung weiterer Ortsgruppen. Im Mittelpunkt der Landtagung steht ein Vorschlagsprotokoll des Gartenabwärters A. Wenzel über Kriegsgräber.

* Von der Redaktionskassette. Die Beschlagnahme von Kohlenstücken auf dem Rhein wirkt sich auch bei der Redaktionskassette aus, die fast gar keine Kohlen mehr zu Berg bringt. Die Schiffe werden meist leer nach Heilbronn geschleppt. Es ist damit zu rechnen, daß die Schleppten teilweise außer Dienst gestellt werden, weil den Schleppten nur geringe Mengen Kohle zum Betrieb zur Verfügung stehen.

* Aus der evang. Landeskirche. Die theologische Vorprüfung wird am 9. April, die theologische Hauptprüfung am 23. April ihren Anfang nehmen. Die Landeskollegien für die Deutsche Kriegsgräberfürsorge, die wegen des Überbestandes für die evangelische Presse verkleinert wurde, soll nun am 11. Februar erhoben werden. Am 25. Februar wird die diesjährige Kollekte zugunsten des Badischen Landesvereins für Innere Mission erhoben werden. Die Kollekte des Jugendsonntages 1922 hatte das Ergebnis von 62 292 Mark. Es konnten davon 12 Verbände mit Beträgen von 300 Mark bis 16 200 Mark unterstützt werden. Die Kollekte zum Besten der Landesbibliothek, die am Konfirmationssonntag 1922 erhoben wurde, lieferte den Betrag von 132 575 Mark. Im Personalbestand der Landeskirche sind während des Jahres 1922 folgende Veränderungen vorgekommen. Auf 1. Januar bestanden 443 Pfarrstellen, von denen 429 besetzt und 14 vakant waren. Zu den 429 Pfarrern kommen 8 Pfarrer, die für den Dienst in Vereinen und Anstalten beurlaubt sind, und 4 aus den Geistlichen der Landeskirche herangezogene Pfarrer an Staatsanstalten. Die Zahl der unabhängigen Geistlichen war am 1. Januar 1923 132. Der Zugang zur Geistlichkeit betrug aus den zwei Hauptprüfungen 34. Außerdem wurden in den Dienst der Landeskirche ein Pfarrer aus der Pfalz und ein früherer Pfarrer von Siedersdorf aufgenommen. In den Ruhestand wurden 4 Pfarrer versetzt, auf Ansuchen 7 Geistliche entlassen und 1 Pfarrer trat in eine andere Landeskirche über. Ausgeschieden ist ein Pfarrer. Durch den Tod vor der Landeskirche 4 Pfarrer im Dienst und 3 Pfarrer im Ruhestand. Neuerrichtet wurden 3 Pfarrstellen. Durch Verlegung, Zurücklegung usw. wurden 27 Pfarrstellen erledigt und 30 Pfarrstellen wurden durch Gemeindevorteil usw. besetzt. Verlegt wurden 13 Pfarrer. Von den Gemeindevorteil sind 7 auf Pfarrer, 3 auf unabhängige Geistliche gefallen, unter diesen 4 bisherige Verwalter der Stelle.

* Einführung des Ueberweilungsverkehrs mit dem Saargebiet. Am 1. Februar wird mit dem Postbefehl in Saarbrücken ein Postüberweilungsverkehr eingerichtet. Die Aufträge können auch telegraphisch erledigt werden. Ueberweilungen für Konten beim Postfachamt in Saarbrücken werden im einzelnen bis 3000 Mark ohne besonderen Nachweis ausgeführt. Bei Ueberweilungen über höhere Beträge sind Inhalt und Zweck des Geschäftes, für das die Zahlung dient, anzugeben und durch Nachweise zu belegen. Die Reichs- und Staatsbehörden, wie die Reichs- und Staatsschuldverwaltung können Ueberweilungen nach dem Saargebiet ohne besonderen Nachweis in jeder Höhe ausführen. Die Ueberweilungen sind gebührenfrei.

Veranstaltungen

* Kammersaaltheater Apollo. Morgen Donnerstag beginnt das neue für die Zeit vom 1.—15. Febr. berechnete Variete-Programm. Ausgezeichnete Kräfte sind für die nächsten 14 Tage gewonnen. (Näheres siehe Anzeiger.)

* Im Theaterkulturbund liest Bruno Schönfeld heute abend Hoffmannsthal's „Großes Salzburger Welttheater“.

* Das Abendkonzert des Pfalzorchesters in Ludwigshafen findet heute statt. Generalmusikdirektor Hermann Abendroth hat ein Programm zusammengestellt, das als Hauptwerk die vierte (Romanische) Symphonie von Anton Bruckner enthält. Es wird vervollständigt durch Beethoven's dritte Leonore-Quartette und die Symphonische Dichtung Don Juan von Richard Strauss.

* Vortragabend der Vereinigung fast. Akademiker. Mit Wilhelms Herwegen aus dem Kloster Maria Laach wird am 1. Februar, abends 8 Uhr im großen Saal der Harmonie ein Vortrag über die „Eingeweide und Gesamtheit in der Sturge der hl. Messe“ gehalten.

Kommunale Chronik

Kleine Mitteilungen

Infolge der gestiegenen Kosten (Kohle, Öl, Löhne usw.) muß in Konstantz der Wasserpreis ab 1. Januar 1923 erhöht werden, und zwar bei Berechnung nach dem Mietwert (Schätzung 1920) von 400 auf 800 v. H., bei Berechnung nach Wassermessern von 40 auf 80 M. für einen Kubikmeter. Für auswärtige Wasserbezähler von 50 auf 100 M. für einen Kubikmeter, für ein Klaff von 350 auf 400 M., für ein Bad 300 M. wie bisher. — Für den Betrieb des Gaswerks müssen infolge der Ruhrerzeugung englische Kohlen beschafft werden, wodurch ein unverhältnismäßig hoher Mehraufwand entsteht, der durch Erhöhung des Gas- und Kohlenpreises gedeckt werden muß. Der Gaspreis wurde deshalb für den Zeitraum vom 15. Dezember bis 15. Januar von 200 auf 300 Mark erhöht und vom 15. Januar auf 400 M. für den Kubikmeter. Der Kohlenpreis für den gebrochenen Kohle auf 6500 M., für ungebrochenen Kohle auf 6000 M. für den Zentner. Der Stadtrat betrachtet die rückwirkende Erhöhung des Gaspreises für die Zeit vom 15. Dezember 1922 bis 15. Januar 1923 als Beitrag zur Bereinigung von Mitteln für die Beschaffung ausländischer Kohlen. Dadurch ist das Gaswerk in der Lage, seinen vollen Betrieb auf absehbare Zeit durchzuführen.

In Frankfurt soll in der Verwaltung der städtischen Schulen gespart werden. Es wurden bereits allerlei Vorschläge gemacht durch die man glaubt, Ersparnisse erzielen zu können. So soll die Pflichtstundenzahl der Lehrer in die Höhe gesetzt werden; bei den Fortbildungsschulen würde die Pflichtstundenzahl der Schüler von acht auf sechs herabgesetzt. In den Volks- und Mittelschulen soll für die untersten Klassen die Frequenzzahl auf 50 und die der oberen auf 40 festgesetzt werden; ferner ist an eine Zusammenlegung von Knaben- und Mädchenklassen gedacht. — Der Tarif für Pferdedroschken wurde auf das 50fache erhöht.

In Berlin kostet das Alter Ballmisch seit Montag 388 M., für in Berlin gemommene Ragermilch 200 M., für nach Berlin eingeführte Ragermilch 164 M. Die Erhöhung des Milchpreises ist eine Folge des Steigens der Butterpreise, durch das eine Erhöhung des Preises der Milch frei Behuf Berlin von 228.50 M. um 58.50 M. auf 288 M. eintritt. Hinzu kommt eine Erhöhung der Spannen der in Berlin am Milchverkehr beteiligten Gewerbetreibenden von 90.50 auf 100 M.

Neues aus aller Welt.

— Eine ägyptische Höhlenhöhle vor 4000 Jahren. Amerikanische Archäologen, die im Gräberfeld bei Quor ausgraben, förderten kürzlich einen schönen Fund ans Licht, nämlich eine 4000 Jahre alte ägyptische Holzfigur, augenscheinlich eine der Schöneheiten der ersten ägyptischen Dynastie um 2150 v. Chr. Die Figur und Nadel der Mumie sind mit kleinen ägyptischen Symbolen und emblematischen Figuren ihrer Roste und ihres Halses bemalt. Die Ägyptologen schließen aus diesen jarten Inschriften ihres Körpers, daß es sich um eine der bestbehaltenen Mumien am Hofe des Pharao Mentuhotep handelt. Haar und Nägel sind vollständig erhalten. Ledige Einschnitte um den Hals, die Handgelenke, Finger und Fußknöchel weisen darauf hin, daß die Prinzessin Armänder, Halsbänder und Fingerringe trug, als man sie ins Grab legte. Dieser Schmuck ist aber später gestohlen worden. Ein großes, dünnes Bandelchen am Unterleib, das augenscheinlich mit einem heißen Öl herangezogen ist, bringt uralte Sachverständige, die den Körper deuten, auf die Vermutung, daß diese Höflichkeit an einer schweren organischen Krankheit gestorben ist, die man in jenen fernen Zeiten mit Hilfe großer Hilfe zu heilen suchte.

— Dreifache Regenwürmer. Vor einem Jahrzehnt ist ein amerikanischer Forscher auf den Gedanken gekommen, einen Regenwurm zu dressieren und ihn daran zu gewöhnen, in einem einfachen Babarint einen bestimmten Weg zu meiden, weil er dort jedes Mal einen schwachen elektrischen Schlag erhielt. Dieser amerikanische Dreifacher hat neuerdings in größerem Maßstabe wiederholt worden. Der Regenwurm lernt tatsächlich bald, den unangenehmen Weg zu vermeiden. Als Babarint wurde eine T-förmige Holzrinne benutzt; der Wurm wird durch den linken Teil hineingelassen und da, wenn die Wahl, nach rechts oder links zu kriechen. Wenn er z. B. auf der rechten Seite regelmäßig einen elektrischen Schlag erhält, so lernt er nach ungefähr 80 Versuchen die rechte Seite zu vermeiden; manchmal irrt er zwar noch oder istest unflüchtig umher; aber nach rund 200 Versuchen weiß er genau Bescheid. Wird dann die elektrische Sperrre an der linken Seite angebracht, so lernt der Regenwurm bald um; denn nach weiteren 60 Versuchen wendet er sich mit Sicherheit nun stets nach rechts. Wenn diese Experimente ernstlich Forscher vielleicht auch wie Spielerei erscheinen, so stellen sie doch die wichtige Tatsache fest, daß ein so einfach organisiertes Tier wie der Regenwurm ein gewisses Lernvermögen besitzt. Von besonderer Wichtigkeit ist aber die Feststellung, daß dieses „Lernen“ seinen Sitz nicht im „Gehirn“ des Regenwurmes, im sogenannten Oberschlundganglion, sondern im Bauchmark. Denn Tiere ohne Gehirn vergiffen das Gelernte nicht und lernen auch genau so gut wie Tiere mit Oberschlundganglion!

— Lohender Gemäldeverkauf. Der Pariser „Figaro“ berichtet, daß eines der berühmtesten Gemälde von Manet, das unter dem Namen Bon Boc bekannt ist, und das sich bisher im Besitz eines Deutschen befand, in Berlin an einen reichen Amerikaner verkauft worden ist. Das Gemälde wurde im Jahre 1873 gemalt und stellt einen Bonnoant, der in der einen Hand die Lanze, in der anderen ein schäumendes Glas Bier hält, daher der Name (das gute Boch) dar. Das Gemälde ist in Bezug auf die Farbe und auf die Ausführung von unvergleichlicher Schönheit und gilt als typisch für die Kunst des französischen Malers Manet. Der Deutsche, der es seit 23 Jahren im Besitz hatte, hat es an den Amerikaner zum Preise von über einer Million Franken verkauft.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Januar

Wasserstand	25.	27.	28.	29.	30.	31.	Referenz	25.	27.	28.	29.	30.	31.
Wasserstand	1.00	1.01	1.02	1.7	1.35	1.10	Mannheim	3.01	2.98	2.97	2.95	2.97	2.97
Reife	2.15	2.15	2.14	1.30	0	2.23	Heilbronn	1.03	1.10	1.25	1.00		
Wagen	2.88	2.88	2.88	1.70	1.60	1.61							
Mannheim	2.54	2.60	2.67	2.86	2.78	3.30							
Heilbronn	2.18	2.18	2.13	2.13	1.7								
Wald	2.48	2.48	2.42	2.42	2.50								

Mannheimer Wetterbericht v. 31. Jan. morgens 7 Uhr
Barometer: 758.0 mm. Thermometer: 7.3 C. Niedrigste Temperatur nachts: 2.5 C. Höchste Temperatur gestern: 3.9 C. Niederschlag 2.8 Liter auf den qm. Windstill, regnerisch.

Regelmässige Verbindung
von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York durch die prachtvollen amerikanischen Regierungsdampfer

NÄCHSTE ABFAHRTEN:

America	7. Februar	11. April
President Harding	14. Februar	21. März
George Washington	21. Februar	28. März
President Roosevelt	28. Februar	4. April

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später
Verlangen Sie Prospekte und Segeltisten Nr. 152

UNITED STATES LINES

BERLIN W 8
Unter den Linden 1

MANNHEIM
Hanshaus, D 1, 7/8

General-Verwaltung Norddeutscher Lloyd, Bremen



National-Theater Mannheim
Mittwoch, den 31. Januar 1923
in Miete B.

Madame Butterfly
Tragische Oper in drei Akten von L. Jilka und G. Giacosa. — Spielleitung: Eugen Gebrath. — Musikalische Leitung: Paul Breisach.

Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 1/2 Uhr.

Cho-Cho-San, genannt Butterfly	Arnie Geler
Suzuki, Cho-Cho-Sans Dienerin	Ida Schäffer
Kate Linkerton	Margarete Ziehl
Linkerton, Leutnant in der amerikanischen Marine	Fritz Bartling
Sharpie, Kommandeur der Vereinigten Staaten in Nagasaki	Joschim Kromer
Goro	Philipp Massalsky
Der Fürst Yamauchi	Alfred Landry
Onze Bonze	Mathias Frank
Yakubichi	Robert Walden
Der königliche Staatskommissar	Karl Zöller
Der Stadtschreiber	Adolf Karlinger
Die Mutter Cho-Cho-Sans	L. Böcher-Fuchs
Die Base	Margarete Ziehl

Neues Theater im Rosenpark
Mittwoch, den 31. Januar 1923
F. V. B. 3551-4050. B. V. B. Nr. 3161-3460.

Luise Millerin
(Kabale und Liebe)

Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. In Szene gesetzt von Hanns Lotz.

Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.

Präsident v. Walter	Hans Godeck
Ferdinand, sein Sohn	Richard Eggarter
Mohrnschall v. Kalb	Georg Köhler
Lady Milford	Marie Andor
Wurm, Haussekretär	Wilhelm Kolmar
Müller, Stadtmusikant	K. Neumann-Moldit
Dessen Frau	Julie Sanden
Louise, dessen Tochter	Ine Lahn
Sophie, Kammerjungfer	Grete Mohr
Ein Kammerdiener	Fritz Linn

Künstler-Theater Apollo
Vom 1. bis 15. Februar, abend. 7 1/2 Uhr:
Das grosse Februar-Programm!

Anny Trautner
Deutschlands beste Parodistin in ihren Original-Vorträgen

Dr. Angelos
lebende Silhouetten 5209

Hugo Draesell
der berühmte Piston-Virtuose
und weitere 6 Schlager!
Vorverkauf ab heute!

Kammer-Lichtspiele
100 Nur noch 2 Tage! 902
Des großen Erfolges wegen verlängert
Yvette, die Modeprinzessin
Reizendes Filmstückerl in 6 Akten
Hauptdarsteller:
LYA MARA und **E. Leh** Kaiser-Fitz.
Das Geheimnis des Klosters
Ein Bericht in 5 Kapiteln nach Franz
Orillparzer's Novelle. 5130
1.-: Das Kloster von Bendorf. 1.-:

Vom Diener zum Herrscher
Groß, amerik. Abenteuerfilm in 7 Akten

Fatty
In der Garage. Groteske in 2 Akt.
Unhörte Heiterkeit erzielt!
Die Fatty-Grotesken
bringt nur das

Palast-Theater

Städt. Fröbelseminar
Mannheim, E 5, 16.
Die Lehrgänge zur Ausbildung von Jugendleiterinnen, Kindergartenleiterinnen, Fröbelischen Kinderpflegerinnen beginnen am
Montag, den 16. April 1923.
Die Seminarleitung nimmt Anmeldungen entgegen und erteilt Zusätze.

Bäcker-Innung, Mannheim.
Ab Donnerstag, den 1. Februar 1923 folgen:
Weißbrötchen ca. 40 Gramm 75.—
Weißbrot 500 Gramm 800.—
Roggenbrot 1000 Gramm . . . 1300.—
*9252
Der Vorstand.
Amliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.
Einladung.
Den Bürgerausschuß berufe ich zur Erzielung der Tagesordnung auf Mittwoch, 31. Januar 1923, nachmittags 4 Uhr, in den Bürgerausschußsaal des Rathauses.
Mannheim, den 30. Januar 1923.
Der Oberbürgermeister: Dr. Ruder.
Verantwortung. Auf die Worte Nr. 37 der alten Beschlüsse darf Brot oder Wehl nicht abgegeben werden. 81

„Der Graf von Essex“ ist der Titel des historischen Kolossalgemäldes in 7 Akten, welches ab Freitag im **Palast-Theater** zum ersten Male in Szene geht. Es ist ein Bild der letzten Zeit der großen Elisabeth von England geworden. Ein Gemälde von starker Lebendigkeit in den Gesichtsziügen . . . ein Werk von imposanten Ausmaßen und reizvollem Eindruck.

S192

Karl Theodor Künstlerspiele
Heute 8 Uhr
Ehrenabend
der beliebten (209) Baritonängerin
Ursula Manon!

UT **Union-Theater** **UT**
P. 6, 23/24
Telephon 867.

Nur noch bis einschließl. Donnerstag!
Ein Filmwerk, das über Deutschlands Grenzen hinaus höchste Beachtung gefunden hat!

Herzog Ferrantes Ende!
Ein Kulturbild aus dem Trecento in 7 Kapiteln
Um 4, 6 und 8 Uhr!

Nachlaß-Versteigerung!
Aus dem Nachlaß des verst. Kaufmanns **Friedrich Eglinger** verleihere ich am **Freitag, den 2. Februar d. J. nachmittags 2 Uhr** in **N. 7. St. Hter Stock:**
1 gr. Doppelschreibpult mit Schreibfaden, ein Schreibpult, 1 Schränkchen mit Papierpresse, 1 Schreibschrank mit Kartoneinlagen, 1 gr. Stör. Büroschrank für Zeitungen und Bücher, 1 Schreibschrank mit Gefachen, 1 Wanduhrschränkchen — 1 mittlerer Kassenschrank — 4 Drehstühle, 4 Schmelz, 1 Papierkorb, 1 großer Kuschelsitz m. Einlagen, 1 Wanduhr, 1 Regulator, 1 Gasrohr u. 1 Doppelgaslampe; keine Büchereistellen, Selbstordner, 1 Barometer, 1 Meyers Konvers.-Lexikon, Gefächbücher und Beschlossene.
Theodor Michel, Versteigerer
Telephon 3250. 714

Weinstube Kornblume, B 6, 8
Problematische der Südd. Weinzentrale.
Heute Mittwoch Abend u. folgende Tage
Großes Schlachtfest!
Hierzu ladet freundlich ein **Emil Metz**.
Empfehle gut bürgerl. Mittagstisch.
Altbekannt gute Küche. *9278

Herren- u. Damenstiefel
sowie sämtliche Schuhwaren
kauft man immer billigst bei
Müllerer, Waldholstraße 17

Platin-Gold- u. Silberschmelze
Well & Weber, N 3, 2
kaufen höchstahlend alle
Platin-Gold- u. Silbergegenstände.

EFFAX
Der beste Schuhputz
FABRIKANTEN.
Chem. Fabr. „EFFAX“ Bensheim Hess.
E9

Ingeziefer aller Art
verdrängt radikal! S9
T 5, 10
i. Kroschel, Tel. 3492.

Verband der Deutschen Buchdrucker
Bezirksverein Mannheim
Gesangverein „Typographia“ Mannheim

Todes-Anzeige.
Unsere verehrten Mitglieder die Trauernachricht, daß unser treues, langjähriges Mitglied
Karl Wiedmann
nach kurzem, aber schwerem Leiden im Alter von 34 Jahren am Montag, den 29. Januar 1923 gestorben ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 31. Januar 1923, nachm. 2 Uhr von der Leichenhalle aus statt und eruchen wir unsere Mitglieder um recht zahlreiche Beteiligung.
726
Mannheim, den 31. Januar 1923.
Die Vorstände.

Danksagung.
Die vielen Beweise treuer Anhänglichkeit und herzlicher Teilnahme, die uns beim Hinscheiden unseres lieben **Babi** entgegengebracht wurden, haben uns tief geführt und getröstet. Wir sagen allen Beteiligten aus vollem Herzen unseren Dank dafür. Herzlichen Dank auch allen denen, die uns während unserer schweren Tage in Gedanken überleitend, teilnehmend und tröstend zu Seite standen.
Für die trauernden Hinterbliebenen:
Ernst Fidel, Rheinaustr. 26

Geschlechtsleiden.
Kein Quecks., ohne Berührung, Blutunter. Aufd. Broch. No. 27 gegen Eins. v. 500 M.
Spez.-Arzt Dr. Hollaender's Ambulatorium
Frankfurt a. M., Bethmannstr. 56.
11, 1, 4, 7, 10, 12
E4

Juwelen, Brillanten Trauringe 536
Gold- u. Silberwaren
An- u. Verkauf. — Reelle Bedienung.
H. SOSNOWSKI, E 2, 9
Uhrmacher und Juwelier.

Der schlechteste Herd
wird wie ein bürgerlicher. Brennen und Backen garantiert.
520
Hirschhäuser Krebs, J 7, 11, Ottensbäumel
Telephon 8219.

Miet-Gesuche
3-4 Zimmerwohnung
mit Küche (wenn möglich mit Bad) auch selbstständiger Kaufmann, verheir., jedoch kinderlos. Deingütekriterien vorhanden. Angebote erbeten unter Y. U. 9 an die Gesch. ds. Blattes. *9206

Wohnungstausch
Mannheim-München (od. Ringtausch)
Wohnung in **Mannheim**, bestehend aus 6 Zimmer, Küche, Badezimmer, Keller, Mansarde
E122
gegen
mindestens ebenso grosse oder größere, eventl. 2 getrennte 3-4 Zimmerwohnungen in **München**
sogleich zu tauschen gesucht.
Eilangebote erbeten unter M. M 149 an Ala-Haasonstein & Vogler, Mannheim.

Wohnungstausch!
3 Zimmer-Wohnung, Raucherzimmer, gegen 7-8 Zimmer zu tauschen gesucht. Umzug wird bevorzugt.
*9233
Angebot unter Y. 8. 7 an die Geschäftsstelle.

„Mannheimer General-Anzeiger“
kann auch halbmonatlich und wöchentlich bezogen und bezahlt werden.
Der Verlag.

Ringtausch
Schwetzingen - Mannheim - Heidelberg
4 Zimmer m. Zubehör, bevorzugt gegen 5-6 Zimmer in Heidelberg gef. Hauskauf gegen Vorkauszahlung, bevorzugt Angebote unter M. M 111 an die Geschäftsstelle. 702

Wohnungstausch
Geboten wird:
Eine 3 Zimmerwohnung und Küche mit elektr. Licht, großem Garten mit großem Obstgarten, Siedlung, Hühnerhof, Bad und and. mehr in schöner freier Lage Radeburg
Gesucht wird:
Eine 3 Zimmerwohnung mit Küche in der Stadt
Angebote erbeten unter X. K. 74 an die Geschäftsstelle. *910

Wohnungstausch!
Ich gebe eine 3 oder 4 Zimmerwohnung Lindenhof, gute Lage, und eine 2 Zimmerwohnung Tennisplatz beide gut ausgestattet.
Ich suche eine 4-5 Zimmer-Wohnung in guter Stadtlage Mittelstadt, Friedhofstr., Offahrt, Umzugsvermittlung und Verleibung. Eilangebote unter O. M. 780 an Rudolf Mo. v. Mannheim. 611

Unterkunftsraum
für mehrere Balkons-Anhängen in Mannheim oder Ludwigshafen (unabhängig in der Nähe d. Rheinböden)

sofort zu mieten gesucht.
Angebote mit Preis- und Größenangaben erbeten unter M. K. 109 an die Geschäftsstelle Meiss Blattes. 695

Lagerplatz
mit Gleisanlage event. auch bebaut gesucht.
Angebote unter R. H. 782 an Rud. Mosse, Mannheim. E11

Möbl. u. leere Zimmer
Wohnungen
Wohnungstausch
Verkehrs- und Handelsgeschäfte m. b. H.
Q 3, 16, Bonn

Möbl. u. leere Zimmer
in allen Preislagen vermittelte u. such.
*9274
Wohnungstausch, Schwetzingenstraße 16, Tel. 5540.
für Vermiet. sofortlos. Kleinanzeigen. Früherer 1 u. 1
*9251

möbl. Zimmer
Zeitgemäße Ausstattung. Angebote erbeten unter Z. R. 10 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Tausche
Schöne 2 Zimmer-Wohnung, Küche, Holzpark, gegen schöne 3 Zimmer-Wohnung, Bergstraße. *9251
Tel. Emil Gedde, 16.

Unterricht
Geb. Tel. wünscht in den Abendstunden
Unterricht im Weißnähen!
Sitten, Handarbeit, usw. Angeb. unter Y. Y. 13 a. b. Geschäftsst. *9216

Wer beteiligt ist an **Englisch u. Französisch**
100 R. pr. St. Ang. u. R. P. 150 an d. Geschäftsst. 631

Der **„Mannheimer General-Anzeiger“**
kann auch halbmonatlich und wöchentlich bezogen und bezahlt werden.
Der Verlag.

Assenheim
E 2, 1-3 Mannheim E 2, 1-3

Damen-Mäntel
Cover-Coat, Donegal, impr. Stoffe u. noch sehr schöne Wintermäntel
39000, 33000, 29500, 88000, 51000, 45000, **19500**

Röcke
in guten Stoffen kleidsame Fassons
9500, 6900, **4500**, 17500, 13500,

Mantel-Kleider
in hellen und dunklen Farben auch Backfisch-Größen
29000, 21500, 17500, 59000, 45000, 35000, **13500**

Jacken-Kleider
moderne Fassons marine, schwarz, Donegal
39000, 35000, 54000, 45000, **29600**